

Diskussionsgrundlage für die programmatische Vorbereitung der Kommunalwahl 2021 – Stand August 2020

Vorwort – Die Corona-Pandemie und ihre jetzt bereits absehbaren Auswirkungen auf die Kommunen

Bereits heute ist klar, dass die Pandemie die gesellschaftliche, ökonomische und politische Lage auch in Hessen und in den Kommunen spürbar verändert hat und weiter verändern wird. Viele Menschen sind durch die Krise in existenzielle Nöte geraten und soziale Ungleichheiten sind in der Krise noch deutlicher zutage getreten. Es ist noch immer nicht endgültig abzusehen, wie dramatisch die Folgen der Pandemie für die ökonomische Lage, die öffentliche Infrastruktur und Finanzen sowie das gesellschaftliche Leben am Ende sein werden. Für DIE LINKE steht jedoch fest, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit weiter im Mittelpunkt linker Kommunalpolitik stehen muss. Die Krise hat die ohnehin herrschenden Probleme nochmals verstärkt und Rettungspakete a la Lufthansa helfen am Ende nur den oberen zehntausend und nicht der Breite der Bevölkerung. Die Krise hat gezeigt, dass DIE LINKE richtig lag – bessere Bezahlung in Pflegeberufen, die Automobilbranche ist nicht systemrelevant und die Abkehr von der Schuldenbremse – so schnell kann es manchmal gehen. In der Kommunalwahl muss es nun darum gehen konkrete Lösungen und Wege aufzuzeigen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und zu verhindern, dass die Kosten der Krise auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Zum Charakter dieses Papiers

Ein Beschluss des 12. Landesparteitags verpflichtete den Landesvorstand im April 2020 einen Entwurf für Kommunalpolitische Eckpunkte vorzulegen, der den Kreisverbänden zur Vorbereitung der Kommunalwahl am 14. März 2021 als Orientierung dienen sollte. Das Ergebnis dieses Auftrags ist das vorliegende Papier. Die sich im März zugespitzte Pandemiesituation erschwerte die Diskussion über den Entwurf. Das damalige Papiers wurde mit Blick auf die Corona-Pandemie im Sommer nochmal überarbeitet. Das vorliegende Papier kann auf Grund der Länge nicht mehr als Eckpunkte bezeichnet werden – dafür ist es zu detailliert. Es sollte den Kreisverbänden als Unterstützung bei der Ausarbeitung ihre eigenen Wahlprogramme dienen oder als Diskussionsgrundlage. Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 22. August entschieden, das Papier dem Landesparteitag zur Kenntnis und zur Diskussion zu geben.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
1. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren.....	5
2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort.....	6
3. Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten.....	7
4. Ländliche Räume stärken.....	9
5. Klimagerechte Kommune, sozial gemacht.....	10
6. Eine echte Verkehrswende.....	11
7. Sozialökologische ortsnahe Energiepolitik.....	11
8. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.....	12
9. Wald, Boden und Tiere schützen.....	12
10. Schule, KITA und Bildung: Gebührenfrei und kostenlos.....	12
11. Digitale Teilhabe sicherstellen.....	13
12. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen.....	14
13. Kampf gegen Faschismus und Rassismus auch in den Kommunen.....	15
14. Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle.....	15
15. Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden	16
16. Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung durchsetzen.....	17
17. Gleichstellung aller Lebensweisen und Identitäten.....	18
18. Kultur für alle.....	18
19. Erhalt und Ausbau von Sportstätten und Förderung des Breitensports.....	19
20. Kommunen für den Frieden.....	19
Mitmachen.....	19

1 DIE LINKE. Hessen vor Ort: Konsequenz für soziale 2 Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und 3 Frieden in lebenswerten Städten und Gemeinden

4 Einleitung

5 Der Einsatz für sozialere, ökologischere und gerechtere Verhältnisse beginnt vor Ort. Linke
6 Kommunalpolitik bedeutet für uns das Engagement für ein gutes Leben für alle in
7 lebenswerten Nachbarschaften, Stadtteilen, Dörfern, Städten und Gemeinden. Soziale
8 Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und die direkte Beteiligung der Bürger*innen
9 sollen das Leben in unseren Kommunen bestimmen. Unser Ziel ist eine solidarische und
10 demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens. Vor Ort verbinden wir Protest und
11 Widerstand gegen die herrschende Politik mit konkreten Vorschlägen, welche die
12 Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

13 Die weltweite Corona-Pandemie hat nicht nur bereits bestehende Krisenentwicklungen, wie
14 soziale Ungleichheit weltweit, die globale Klimakrise, eine Form der Globalisierung, die vor
15 allem den Interessen transnationaler Konzerne dient, ein wirtschaftliches Modell der privaten
16 Gewinnerzielung und des ständigen Wachstums sowie der deutliche Einbruch der
17 wirtschaftlichen Entwicklung im 2. Halbjahr 2019 verschärft, sie traf auch das
18 Zusammenleben in den Kommunen in voller Härte. Kommunale, kulturelle und soziale
19 Einrichtungen mussten schließen, ebenso wie viele Geschäfte in den Innenstädten.
20 Abstandsgebote und soziale Distanz veränderten das Alltagsleben auf unseren Straßen und
21 Plätzen. Das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit etwa musste unter den
22 Bedingungen der Pandemie erst wieder erstritten werden.

23 Die Maßnahmen zum Gesundheitsschutz waren größtenteils richtig, verschärften aber
24 bestehende soziale Ungleichheiten und trafen insbesondere Menschen in prekären
25 Lebenslagen besonders heftig, wie es etwa die Schließung von Tafeln gezeigt hat. Die
26 entstandene Wirtschaftskrise trifft die am härtesten, die wenig haben. Viele Menschen haben
27 drastische Einkommensverluste bis zum Totalausfall hinnehmen müssen. Während große
28 Konzerne Milliarden an Hilfen bekommen haben, gingen z.B. Soloselbstständige,
29 Kulturschaffende und Kleingewerbetreibende nur allzu oft leer aus. Infolge der Corona-
30 Pandemie trat auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Frauen erheblich benachteiligt,
31 noch offener zu Tage. Die beklatschten systemrelevanten Tätigkeiten werden häufig schlecht
32 bezahlt, der Ausfall von Betreuungseinrichtungen ging zu Lasten von Frauen ebenso wie ein
33 dramatischer Anstieg häuslicher Gewalt.

34 Von allen staatlichen Ebenen treffen die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Kommunen
35 am stärksten. Steuereinnahmen brechen weg, Einnahmen aus Gebühren fallen aus. In Hessen
36 drohen den Kommunen in den nächsten Jahren Steuermindereinnahmen von über 3,5
37 Milliarden. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, eine wichtige Finanzquelle der
38 Kommunen, sind um 25 Prozent eingebrochen. Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht
39 erreicht. Hinzu kommen wachsende Aufgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich, die einen
40 weiteren Mitteleinsatz notwendig machen. Bereits vor Corona wurde die öffentliche
41 Infrastruktur auf Verschleiß gefahren, waren die Kommunen drastisch unterfinanziert. Wenn
42 nicht umgesteuert wird, drohen dramatische Kürzungsrunden.

43 In der Krise sind Menschen aber auch zusammengerückt, haben ihren Nachbarn geholfen,
44 Netzwerke zur Unterstützung von Schwächeren gebildet. Die Solidarität der Menschen im
45 Krisenalltag könnte ein Ausgangspunkt für neue Formen der Kooperation und
46 Vergemeinschaftung vor Ort sein.

47 Aber auch unabhängig von Corona bleiben gravierende gesellschaftliche Fehlentwicklungen,
48 wie die global ebenso wie in unseren Städten und Gemeinden immer weiter
49 auseinanderklaffende Schere zwischen arm und reich, die globale Klimakrise, weltweite
50 Fluchtbewegungen, ein neues Wettrüsten und Kriegsgefahr.

51 Für die Linke bleibt das Motto „Global denken – lokal handeln“ ist ein Leitgedanke
52 solidarischer Politik. Die großen gesellschaftlichen Probleme, Verwerfungen und Spaltungen
53 werden direkt vor unserer Haustür und in unserem Lebensumfeld spürbar. Die Corona-
54 Pandemie, die weltweiten Aktivitäten, wie etwa der Fridays for Future-Bewegung gegen den
55 menschengemachten Klimawandel, der Seebrücke für einen humanen Umgang mit Menschen
56 in Not, der globalisierungskritischen Bewegung für gerechten Welthandel, der
57 Friedensbewegung für ein Verbot von Atomwaffen, der internationalen Sozialforen und die
58 Agenda21-Aktivitäten lehren uns, dass den gesellschaftlichen Problemen und ihren Folgen
59 auch lokal und auf kommunaler Ebene begegnet werden muss.

60 In Sonntagsreden wird die kommunale Demokratie gern von allen Parteien gelobt,
61 gleichzeitig werden unsere Städte seit Jahren finanziell ausgetrocknet, sodass kommunale
62 Demokratie vielerorts zur Verwaltung von Sachzwängen schrumpft. Zudem verschärft es
63 Politikverdrossenheit, wenn Bürger*innen nur entscheiden zu dürfen, ob eher das Freibad
64 oder die Bücherei geschlossen wird. Die Kommunen werden gemäß den Interessen von
65 Konzernen und Vermögenden umgebaut oder sie verfallen, weil Investitionen fehlen. Städte
66 und Kommunen werden in einen kannibalistischen Standortwettbewerb um Investitionen und
67 Gewerbesteuern geworfen. Auf der Jagd nach neuen Anlagemöglichkeiten für die
68 Superreichen in Betongold werden ganze Stadtteile gentrifiziert, Menschen durch steigende
69 Mieten verdrängt, öffentlicher Grund und Boden privatisiert. Die Privatisierungen von
70 Energieversorgung, Nahverkehr und Schwimmbädern verstärken die Spaltung der
71 Gesellschaft.

72 Seit vielen Jahren engagieren sich in Hessen linke Kommunalpolitiker*innen für die
73 gesellschaftliche Teilhabe aller, für den Erhalt von öffentlichen Krankenhäusern, für
74 bezahlbares Wohnen in den Städten und den Erhalt und Ausbau der ärztlichen Versorgung auf
75 dem Land. Sie wehren sich gegen Kürzungspolitik im sozialen, kulturellen oder im
76 Bildungsbereich und gegen Privatisierungen. Linke Kommunalpolitiker*innen zeigen
77 konkrete Perspektiven für eine andere Politik auf und setzen sich für eine bessere
78 Finanzausstattung der Kommunen ein. Aus unserem Leitbild des demokratischen Sozialismus
79 erwächst die Vorstellung, dass auch auf der kommunalen Ebene relevante Bereiche der
80 Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und
81 Verkehr nicht der Profitlogik unterworfen werden dürfen.

82 DIE LINKE verbindet die Arbeit in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen,
83 Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten mit außerparlamentarischem Engagement. Unsere
84 Bündnispartner*innen sind Stadtteilinitiativen, Recht-auf-Stadt-Bewegungen, lokalen
85 Agenda-Gruppen, Aktionsgruppen für bezahlbaren Wohnraum und gegen Gentrifizierung,

86 Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Migranten- und Flüchtlingsorganisationen,
87 Umweltbewegungen, Bürgerinitiativen und vielen andere.

88 Auch vor Ort setzen wir unser Engagement für einen grundlegenden Politikwechsel fort.
89 Dabei gilt für uns: DIE LINKE beteiligt sich nicht an einer Politik, die Stellenabbau,
90 Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt. Um die Verhältnisse vor Ort gerechter,
91 ökologischer, sozialer und friedlicher zu machen, sind wir auch zu einer Zusammenarbeit mit
92 anderen Parteien bereit. Wir gehen jeden noch so kleinen Schritt in die richtige Richtung, aber
93 keinen in die falsche.

94 DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, frei von
95 Ausbeutung des Menschen, Unterdrückung und Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür,
96 dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und
97 die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Der Kapitalismus ist nicht
98 das Ende der Geschichte.

99 **1. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren**

100 Ob Schulen, KiTas, sozialer Wohnungsbau oder öffentlicher Nahverkehr: Der Investitionsstau
101 in unseren Städten und Gemeinden war bereits vor der Corona-Krise gigantisch.
102 Grundsätzlich haben die Gemeinden nach dem Grundgesetz und der Hessischen Verfassung
103 das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in
104 eigener Verantwortung zu regeln. Die Unterfinanzierung der Kommunen hat dieses Recht
105 jedoch weitgehend ausgehöhlt. Die Schuldenbremse im Bund und Land wurde mit fatalen
106 Folgen auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Oftmals werden Kommunen in einen
107 ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Sätze bei der Gewerbesteuer getrieben. Das lehnen
108 wir ab.

109 Infolge der Corona-Krise drohen den hessischen Städten, Gemeinden und Kreisen
110 Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Dazu kommen geringere Einnahmen aus Gebühren und
111 krisenbedingte steigende Ausgaben für Soziales und Gesundheit. Die Maßnahmen der
112 Bundes- und Landesregierung zur finanziellen Unterstützung der Kommunen in der Krise
113 reichen nicht aus, um die dramatischen Defizite zu kompensieren.

114

115 Schon vor Corona haben CDU-geführte Landesregierungen in Hessen die Kommunen nicht
116 nur jahrzehntelang unterfinanziert, sondern tragen mit ihrer Schutzschirm- und
117 Herbstklassenpolitik die Verantwortung für die Kürzung öffentlicher Leistungen in den
118 Kommunen. Die Folge: Die Bürger*innen wurden durch Erhöhungen von Gebühren (wie
119 etwa Abfall- und Friedhofsgebühren) und durch Steuererhöhungen (etwa Grundsteuer B)
120 kräftig zur Kasse gebeten. Aufgaben der Daseinsvorsorge wurden einem Markt überlassen,
121 dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals
122 sind.

123 Auch unter Beteiligung der Grünen wurde diese Politik in Wiesbaden fortgesetzt. Die
124 schwarzgrüne Landesregierung verfährt mit den Kommunen nach Gutsherrenart. Mit dem
125 „Starke-Heimat-Gesetz“ trifft sie letztlich die Entscheidung über die Verwendung von
126 originären kommunalen Mitteln. Investitionsprogramme wie KIP I und II greifen häufig zu

12 5

13

14

127 kurz und werden vorwiegend mit Bundesmitteln finanziert. Auch für die Hessenkasse werden
128 kommunale Gelder herangezogen und Handlungsspielräume der Kommunen eingeschränkt.

129 In der Corona-Krise zeigt sich das Scheitern der Politik von „Schwarzer Null“ und
130 Schuldenbremse. Die restriktiven Vorgaben der Hessenkasse und des „Herbsterlasses“ haben
131 bzw. werden keinen Bestand haben. Die Krise hat die Landesregierung auch zur
132 Suspendierung der selbst auferlegten Schuldenbremse gezwungen. Das war ein erster richtiger
133 Schritt. Um einen handlungsfähigen Staat zu gewährleisten, muss sie dauerhaft überwunden
134 werden. Werden die Steuerausfälle der Kommunen von Land und Bund nicht ausreichend
135 kompensiert, drohen neue drastische Kürzungsrunden zu Lasten der Bürger*innen in unseren
136 Städten und Gemeinden.

137 Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer
138 Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen
139 Bürger*innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden. In der Krise setzen wir uns dafür
140 ein, dass die Krisenkosten nicht wieder auf breite Teile der Bevölkerung abgewälzt werden.
141 Wir wollen mit einer einmaligen Vermögensabgabe die Reichen zur Kasse bitten.

142 Wir werden keinem kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen
143 sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die
144 finanziellen Mittel fehlen. Wer aber das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental
145 beseitigen will, muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, bei
146 der der Reichtum in wenigen Händen angehäuft wird. Auch auf kommunaler Ebene werden
147 wir deutlich machen, dass notwendige Investitionen in soziale Einrichtungen oder in die
148 Bildung nicht an fehlendem Geld scheitern, sondern an dem mangelnden Willen, die
149 Großunternehmen, Reichen und Mächtigen angemessener an der Finanzierung unseres
150 Gemeinwesens zu beteiligen.

151 Statt Schutzschirmen, Kürzungsdiktaten und kurzsichtigen Programmen müssen
152 planungssichere Einnahmen für die Kommunen, langfristige Investitionsprogramme sowie ein
153 Steuerrecht, das öffentliches Handeln stärkt, geschaffen werden. Die Hess*innen brauchen
154 Vereins-, Sozial- und Kultureinrichtungen, Investitionen in Bildung, Kultur, öffentlichen
155 Nahverkehr und klimaschonende Energien statt einer Politik für Banken, Manager und
156 Einkommensmillionäre. Notwendig ist etwa die Einführung einer Vermögenssteuer, deren
157 Einnahmen direkt den Ländern und Kommunen zugutekämen. Auch fordern wir die
158 Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Kommunalwirtschaftssteuer. Aufgaben, die
159 Kommunen im Auftrag von Bund und Land ausführen, müssen vollumfänglich von diesen
160 finanziert werden.

161 **2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort**

162 Die Corona-Pandemie verstärkt die soziale Ungleichheit. Wer schon vor Corona sozial und
163 finanziell schlechter gestellt war, ist von den Auswirkungen stärker betroffen. Dies betrifft
164 auch die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Zudem zeigt die
165 Ungleichheitsforschung, dass das Alter und die soziale Lage Einfluss auf die Schwere eines
166 Infektionsverlaufs haben. DIE LINKE wendet sich dagegen, dass die Schwächsten der
167 Gesellschaft für die Kosten der Corona-Krise, evtl. durch Sozialkürzungen in den
168 Kommunen, aufkommen. Dagegen hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass wir einen Ausbau
169 der öffentlichen Hand brauchen.

15 6

16

17

170 Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer
171 verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer
172 einzelnen Kommune aufgehoben werden. Die steigende Nachfrage nach Essen von den
173 Tafeln sowie an Kleiderkammern zeigen die Ausmaße von Armut in den Kommunen. Aber es
174 gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr
175 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb fordert DIE LINKE eine
176 kostenlose bzw. kostengünstige Daseinsvorsorge, z. B. vollständige gebührenfreie Kitas und
177 Ganztagschulausbau mit gesundem und kostenfreiem Mittagessen sowie die Einführung
178 eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den
179 öffentlichen Einrichtungen (, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen
180 Verkehrsmittel) gewährt. Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Hilfen
181 aus besonderen Anlässen, wie z. B. Weihnachtsbeihilfen oder Beihilfen bei Einschulungen
182 gewährt werden. Zudem sollen alle Versorgungsbetriebe, mit Hilfe von Sozialtarifen, eine
183 soziale Preisgestaltung einführen.

184 Für DIE LINKE bleibt es dabei: Anstelle von Hartz IV fordern wir eine bedarfsorientierte
185 Mindestsicherung. Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in der Kommune, etwa im Bereich
186 der Jobcenter und setzen uns für die volle Übernahme der Kosten der Unterkunft ein, um den
187 Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten.

188 Städte, Gemeinden und Landkreise sind auch Arbeitgeber. Der Personalabbau der letzten
189 Jahre hat dazu geführt, dass viele Verwaltungen unterbesetzt sind (z.B. im Gesundheitsamt, in
190 der Lebensmittelkontrolle, im Tier-, Natur- und Landschaftsschutz, der Bauverwaltung, dem
191 Sozialamt oder Kita- und Sozialeinrichtungen). DIE LINKE setzt sich für mehr tariflich
192 bezahlten Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie eine aktive Beschäftigungspolitik ein. Die
193 öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die heimische Wirtschaft
194 stärken. Außerdem muss sie die Verantwortung übernehmen, dass Unternehmen
195 berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung
196 anbieten, umweltschonende Standards einhalten, die Menschen mit Beeinträchtigungen über
197 die vorgeschriebene Quote beschäftigen und für die Gleichstellung von Frauen
198 selbstverständlich sind. Dazu hat DIE LINKE ein tariftreue- und Vergabegesetz in Hessen
199 eingebracht. Wir lehnen einen Dumpingwettbewerb zwischen den Kommunen ab. wie dies
200 z.B. bei der Gewerbesteuer geschieht.

201 DIE LINKE fordert in den Kommunen eine flächendeckende soziale Gemeinwesenarbeit, die
202 Kitas, Schulen, Beratung, Elternarbeit und die im Ort oder Stadtteil lebenden Menschen mit
203 ihren Bedürfnissen und Anliegen einbezieht. Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu
204 verhindern müssen die Kommunen genügend Wohnraum und Hilfestellungen zu Verfügung
205 stellen. Wir brauchen in allen Kreisen und kreisfreien Städten Wohnungssicherungsstellen,
206 die Obdachlosigkeit verhindern. Wohnungslosen Menschen soll unmittelbar eine Wohnung
207 zur Verfügung gestellt und ihnen die Unterstützung durch die Wohnungslosenhilfe angeboten
208 werden. Für Betroffene von Sucht und Drogenmissbrauch werden Gesundheitshilfen sowie
209 Beratung für Betroffene und ihre Familien benötigt. Die soziale und kulturelle Arbeit von
210 Beratungsstellen, Einrichtungen und Vereinen bereichern in den Städten, Gemeinden und
211 Landkreisen das gemeinsame Miteinander. Deshalb dürfen diese nicht geschlossen, sondern
212 ausgebaut und mit ausreichend finanziellen Mittel unterstützt werden.

213 DIE LINKE setzt sich für wohnortnahe medizinische Versorgung ein. Rückgrat einer solchen
214 medizinischen Versorgung sind öffentlich-kommunale Krankenhäuser, die ausreichend aus
215 öffentlichen Mitteln finanziert werden und mit ausreichend Personal ausgestattet sind.
216 Deshalb lehnt DIE LINKE Schließungen und Privatisierungen von Kliniken ab und fordert

217 den Ausbau von öffentlichen und gemeinnützigen medizinischen Versorgungs- und
218 Gesundheitszentren sowie bessere Rahmenbedingungen und Unterstützung für Landärzte.
219 DIE LINKE steht für eine stärkere Förderung und Unterstützung von öffentlichen,
220 kirchlichen- und gemeinnützigen Einrichtungen der wohnortnahen ambulanten Altenpflege.
221 Über 80 % der alten und behinderten Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden
222 können dadurch in ihrem vertrauten Umfeld bleiben. Es ist die Aufgabe der Kommunen,
223 dafür zu sorgen, dass diese Einrichtungen erhalten und ausgebaut werden können. Dazu
224 benötigen sie auch stärkere organisatorischen und finanzielle Unterstützung für die
225 Gewinnung von qualifiziertem Pflegepersonal und bei der Durchführung von
226 Gemeinschaftsprojekten, wie Demenzbegleitung, Veranstaltungen und Vorträgen. Außerdem
227 muss die familiär organisierte Pflege entlastet und durch Tages-, Kurzzeitpflege und
228 pflegeentlastenden Diensten unterstützt werden.

229 **3. Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten**

230 Wohnen ist ein Menschenrecht. Doch die Situation im Ballungsraum Rhein-Main, in den
231 großen und mittleren Städten Hessens spitzt sich immer weiter zu. Die Mieten steigen hier
232 seit Jahren dramatisch an. Dadurch werden Menschen mit geringem und mittlerem
233 Einkommen aus ihren angestammten Quartieren verdrängt. Die Corona-Krise droht diese
234 Entwicklungen noch zu verschärfen. Das will DIE LINKE stoppen. Soziale Wohnungspolitik
235 ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht der
236 Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarkts überlassen werden. Deshalb ist
237 Wohnungspolitik für DIE LINKE auch auf kommunaler Ebene eine Kernaufgabe.

238 DIE LINKE fordert, dass das Land Hessen mithilfe eines Mietendeckels nach Berliner
239 Vorbild für Städte und Gemeinden, die von Mietsteigerungen betroffen sind, dem
240 Mietenwahnsinn Einhalt gebietet. Für diese Maßnahme werden wir auch in den Kommunen
241 unsere Stimme erheben.

242 Um die Folgen der Corona-Pandemie für Mieter*innen zu lindern, fordert DIE LINKE auf
243 kommunaler Ebene einen Kündigungsverzicht bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften
244 für die gesamte Dauer der Coronakrise durchzusetzen oder bei Bestehen beizubehalten. Auch
245 sollen Städte einen eigenen Mietschuldenfonds anlegen, um finanzielle Härten für
246 Mieter*innen abzufedern und Mieterinitiativen und –beratung finanziell besser fördern. Daran
247 sind Wohnungsunternehmen zu beteiligen. Besonders gefährdete Personengruppen wie
248 wohnungs- und obdachlosen Menschen, Geflüchteten, Saison- und Wanderarbeitern sowie
249 Schutzsuchende in Frauenhäusern muss schnellmöglich Zugang zu ausreichendem und
250 angemessenem Wohnraum verschafft werden, der ihnen das dauerhafte Einhalten von
251 Hygiene- und Gesundheitsstandards erlaubt. Sammelunterkünfte sind aufzulösen. Die sichere
252 Versorgung aller Mieter*innen mit existenzsichernden Versorgungsleistungen wie Strom,
253 Gas, Wasser und Telekommunikation muss sichergestellt werden.

254 Einige Kommunen haben in der Vergangenheit ihre eigenen Wohnungsbaugesellschaften
255 kurzfristig veräußert, um ihre klamme Finanzlage zu verbessern. Die Folgen für die
256 Mieter*innen sind stets Mieterhöhungen, mangelnde Instandhaltung bis hin zur Verdrängung
257 aus ihren Wohnungen. DIE LINKE lehnt den Verkauf von öffentlichen
258 Wohnungsbaugesellschaften ab. In Gemeinden und Kreisen, die keine eigene
259 Wohnungsbaugesellschaft haben, setzen wir uns für die Gründungen von öffentlichen
260 Wohnungsunternehmen ein.

21 8

22

23

261 Der soziale Wohnungsbau muss massiv ausgebaut werden. Kommunale
262 Wohnungsbaugesellschaften müssen gestärkt und demokratisiert werden,
263 Wohnungsgenossenschaften besser gefördert werden. Deshalb fordert DIE LINKE für Hessen
264 ein Landesprogramm zur Schaffung von jährlich mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen
265 für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Wohnungen sollen barrierefrei
266 und klimaneutral errichtet werden. Um Klimaneutralität zu gewährleisten soll im Standard
267 von Niedrigstenergiehäusern bzw. Passivhäusern gebaut werden.

268 Um dies zu erreichen ist eine soziale Boden- und Grundstückspolitik der Kommunen
269 dringend erforderlich. Öffentlicher Grund und Boden darf nicht verkauft werden. Öffentlichen
270 Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften kann Grund und Boden über das
271 Erbbaurecht überlassen werden. Die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen
272 müssen so geändert werden, dass Kommunen das Vorkaufsrecht besser nutzen können.
273 Darüber hinaus muss in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf der Leerstand von
274 Wohnungen zu Spekulationszwecken und die Umwandlung von Miet- in
275 Eigentumswohnungen unterbunden werden. Dazu bedarf es auch der Schaffung von
276 Erhaltungssatzungen, um Quartiere vor unsozialen Aufwertungen zu schützen.

277 Öffentliche Wohnungsunternehmen müssen auch sozial ausgerichtet sein. D.h. für uns, dass
278 sie nach dem Auslaufen von Förderungsmitteln auf die gesetzlich möglichen
279 Mietsteigerungen verzichten und mindestens 15% unter der ortsüblichen Vergleichsmiete
280 bleiben, bei Neuvermietungen keine Mieterhöhungen vornehmen, sozial gestaffelte Mieten
281 für Geringverdienende, Familien mit Kindern und Rentner*innen mit kleinem Einkommen
282 einführen.

283 Zur sozialen Aufgabe öffentlicher Wohnungsgesellschaften gehört auch die Pflicht,
284 finanzschwache Mieterinnen und Mieter nicht durch überzogene energetische Sanierungen zu
285 belasten. Energetische Sanierungen müssen warmmietneutral erfolgen. Dafür brauchen die
286 Wohnungsbaugesellschaften öffentliche Zuschüsse. Die Möglichkeit zur einseitigen Umlage
287 der Kosten auf Mieterinnen und Mieter muss abgeschafft werden. Besonders in den
288 Ballungsräumen dürfen Hartz IV- und Sozialhilfe-Leistungsberechtigte nicht mit
289 Mietobergrenzen außerhalb jeder Realität gegängelt werden.

290 In Hessen gibt es zudem für 215.000 Studierende nur etwa 15.000 Wohnheimplätze. Damit ist
291 Hessen bundesweit auf dem drittletzten Platz. Dadurch verschärft sich die Wohnungssituation
292 an den Hochschulstandorten zusätzlich. DIE LINKE unterstützt deshalb die Forderungen für
293 ein Landesprogramm zum Bau von jährlich 2.000 Wohnungen für Studierende.

294 In Initiativen und den kommunalen Gremien heraus machen Linke Mandatsträger*innen
295 entsprechenden Druck. DIE LINKE fordert eine soziale Bodennutzung und eine
296 Investorenquote. Dieses Konzept wird in zahlreichen Großstädten erfolgreich angewandt.
297 Private Investoren werden unter bestimmten Voraussetzungen zum Bau von
298 Sozialwohnungen verpflichtet. Wir lehnen es ab, öffentliche Grundstücke an den
299 meistbietenden Investor zu verkaufen. Stattdessen müssen sie öffentlichen
300 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften zur Errichtung von Sozialwohnungen zur
301 Verfügung gestellt werden. Städte, Gemeinden und Kreise müssen wieder eine soziale
302 Bodenbevorratungspolitik betreiben.

303 **4. Ländliche Räume stärken**

24 9

25

26

[304](#) DIE LINKE fordert umfassende strukturpolitische Maßnahmen für ländliche Regionen. Denn
[305](#) während der Bevölkerungswachstum in den Ballungsgebieten immer weiter ansteigt,
[306](#) entwickelt sich die Situation auf dem Land in andere Richtungen: Kleinere Schulen schließen,
[307](#) Ämter und Behörden werden zentralisiert, die Gesundheitsversorgung baut ab, Arbeits- und
[308](#) Ausbildungsplätze in mittelständischen Unternehmen gehen verloren. In vielen Dörfern gibt
[309](#) es mittlerweile weder eine Bäckerei noch einen Lebensmittelladen noch eine Gaststätte, und
[310](#) die Erreichbarkeit genau dieser Einrichtungen wird durch die Ausdünnung des ÖPNVs
[311](#) schwieriger und oftmals auch zu teuer. Viele ländliche Gebiete haben zudem individuelle und
[312](#) spezifische Probleme. Dies hat zur Folge, dass junge Menschen oftmals vom Land in die
[313](#) urbanen Gegenden ziehen.

[314](#) In der Folge steht Wohnraum leer, die Wege werden immer weiter, die Lebensqualität in den
[315](#) ländlichen Regionen sinkt und es wird immer schwieriger, die Landkommunen als
[316](#) Gemeinwesen zu erhalten. Wir wollen, dass die Menschen überall Arbeit und Zugang zu
[317](#) öffentlichen Dienstleistungen und kulturellen Angeboten haben, egal wo sie leben. Dafür sind
[318](#) mehr Angebote in den ländlichen Gemeinden und eine bessere Anbindung insbesondere über
[319](#) einen ausgebauten und kostengünstigen ÖPNV nötig. Wie schon vielerorts diskutiert, sollte
[320](#) die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in den Fokus genommen werden.

[321](#) Die Steigerung der Attraktivität des Landlebens stützt sich auf vielen kleineren und größeren
[322](#) Zielvorhaben. Wir kämpfen nicht nur darum, die Strukturen, die noch vorhanden sind, zu
[323](#) erhalten, sondern auch darum, neue Strukturen zu schaffen. Hier sind viele ländliche
[324](#) Regionen bereits selbst aktiv, es gibt mobile Lebensmittelläden, Dorfgemeinschaftshäuser-
[325](#) und Aktivitäten, Selbstvermarktung regionaler Produkte und vieles mehr. Diese Bemühungen
[326](#) müssen wir unterstützen und fördern, wir müssen schauen, wo die individuellen
[327](#) Anknüpfungspunkte sind, wo wir uns einbringen und helfen können. Die Schaffung
[328](#) öffentlicher Gemeindedorfläden beispielsweise käme allen Dörfern ohne Einkaufsgelegenheit
[329](#) zu Gute.

[330](#) Ein besonderes Augenmerk gilt der älteren Bevölkerung, die auch auf dem Land oftmals von
[331](#) Armut betroffen und durch fehlende Infrastruktur ausgegrenzt ist. Mobile Angebote werden in
[332](#) Zukunft mehr Bedeutung gewinnen, solange es noch nicht gelingt, Läden, Ärzte und
[333](#) Apotheken auch in diesen Regionen wieder anzusiedeln. Ebenso wird das Internet zunehmend
[334](#) Änderungen im Alltag mit sich bringen. Behördengänge und auch medizinische
[335](#) Sprechstunden werden zumindest teilweise online etabliert. Davon abgesehen, dass längst
[336](#) noch nicht alle ländlichen Regionen über eine (ausreichende) Internetanbindung verfügen,
[337](#) müssen diese Angebote auch an die Menschen vor Ort herangetragen werden.

[338](#) Auch wenn Kooperationen und Zusammenhalt wichtige Instrumente der Förderung des
[339](#) ländlichen Raums sind, so lehnen wir kommunale Zwangszusammenschlüsse schlichtweg ab.
[340](#) Diese erfolgen nicht aus strukturpolitischen Erwägungen, sondern sind rein ökonomisch
[341](#) geprägt.

[342](#) Linke Mandatsträgerinnen und Mandatsträger treten deshalb für die Entwicklung des
[343](#) ländlichen Raums ein. Sie unterstützen soziale, kulturelle, verkehrstechnische und
[344](#) ökologische Eigeninitiativen der Landbevölkerung. Direktvermarktung, Verbesserung der
[345](#) Infrastruktur und medizinische Versorgung, Ausbau regenerativer Energien und eigenständige
[346](#) wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in diesen Bereichen.

[347](#) Wir fordern, dass die kommunale Wirtschaftsförderung vor Ort zu einer
[348](#) Beschäftigungsförderung umgebaut wird. Denn ohne gute Arbeit werden unsere Regionen
[349](#) veröden, darunter leiden auch gerade junge Menschen.

[350](#) **5. Klimagerechte Kommune, sozial gemacht**

[351](#) Die Linke unterstützen die Forderung nach Ausrufung des Klimanotstands in den Kommunen,
[352](#) welcher beinhalten muss, dass bei jeder Maßnahme der öffentlichen Hand die Auswirkungen
[353](#) auf das Klima untersucht und entsprechend berücksichtigt wird. Klimaschutz erfordert
[354](#) ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen und die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende
[355](#) umzusetzen. Nur so kann der Klimawandel, eine der größten gesellschaftlichen
[356](#) Herausforderungen heute, gestoppt werden. Eins ist klar: Ökologische Nachhaltigkeit wird
[357](#) innerhalb des wachstumsgetriebenen Kapitalismus nicht realisierbar sein.

[358](#) Klimapolitik muss sozial gerecht sein, denn Ökologie und Soziales sind zwei Seiten derselben
[359](#) Medaille. Die ökologische Transformation muss Hand in Hand mit der Verwirklichung
[360](#) sozialer Gerechtigkeit gehen, den Menschen die Existenzängste nehmen und echte
[361](#) gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft wird
[362](#) mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen verbunden sein. Er beinhaltet einen
[363](#) mehrfachen Umverteilungsprozess: von oben nach unten, von fossil zu erneuerbar, vom
[364](#) globalen Norden in den globalen Süden, von Staat zu Bürger*innenschaft und von privat zu
[365](#) öffentlich. Uns ist klar, dass die aufgeführten Veränderungen mit einem massiven Umbau des
[366](#) Arbeitsmarktes einhergehen. Das schürt Ängste und führt zur Verunsicherung der
[367](#) Beschäftigten. Sozial-ökologischer Umbau bedeutet auch die Belange der Beschäftigten eine
[368](#) zentrale Rolle spielen zu lassen. Nur gemeinsam können wir das Klima retten.

[369](#) **6. Eine echte Verkehrswende**

[370](#) Automobilkonzerne und deren Profitinteressen haben lang genug unser Stadtbild geprägt, es
[371](#) ist Zeit für einen notwendigen Wandel der Mobilität hin zum öffentlichen Verkehr sowie der
[372](#) Förderung von Fuß- und Radverkehr. DIE LINKE. Hessen will eine gerechte sozial-
[373](#) ökologische Mobilitätswende und Mobilitätsgarantie für alle Menschen – ob in den Städten
[374](#) oder dem ländlichen Raum. Sie schafft damit nicht zuletzt auch mehr Lebensqualität in den
[375](#) Städten und Gemeinden. DIE LINKE. Hessen will einen schnellen und umfassenden Ausbau
[376](#) des ÖPNV, mehr Fahrzeuge, mehr Strecken, höhere Taktung, vollständige Barrierefreiheit
[377](#) und mehr Personal. Selbstverständlich strebt DIE LINKE einen Null-Tarif im öffentlichen
[378](#) Nahverkehr an.

[379](#) Weiterhin braucht es sichere Räume für das Fahrrad und die Fußgänger*innen. Nur so kann
[380](#) die Voraussetzung geschaffen werden, um aus dem Autoindividualverkehr auszusteigen. Im
[381](#) ländlichen Raum wird das Auto leider weiterhin noch Fortbewegungsmittel Nummer eins
[382](#) bleiben, da das Netz dort so kaputtgespart und ausgedünnt wurde, dass überhaupt erstmal
[383](#) wieder attraktive Nahverkehrsangebote installiert werden müssen. Denn eins ist klar: Erst
[384](#) muss ausgebaut und dann umgestiegen werden, nicht anders herum.

[385](#) DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch unverantwortliche
[386](#) Großprojekte wie den Ausbau des Frankfurter Flughafens und fordert das Nachtflugverbot
[387](#) von 22 bis 6 Uhr sowie die Begrenzung der Flugbewegungen. Außerdem steht DIE LINKE
[388](#) gegen jeden neuen Autobahnbaustrecke, der Natur und Lebensgrundlage von Menschen und Tieren

[30](#) 11

[31](#)

[32](#)

389 zerstört. Sie unterstützt den Widerstand der Menschen vor Ort gegen Projekte, die das Klima,
390 die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Menschen belasten.

391 **7. Sozialökologische ortsnahe Energiepolitik**

392 Die Energieversorgung ist wie die Wasserversorgung und Entsorgung eine öffentliche
393 Aufgabe und muss auch eine solche bleiben. Die Ver- und Entsorgung muss von den
394 Stadtwerken als kommunale Eigenbetriebe erfolgen. Diese Einrichtungen müssen den
395 Menschen dienen, nicht Profitwünschen privater Kapitaleigner. Ziel ist es Investitionen in
396 erneuerbare Energie erhöhen und dezentrale Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen in den
397 Kommunen fördern. Die Energiewirtschaft wollen wir demokratisieren und unterstützen
398 deshalb insbesondere genossenschaftlich organisierte, lokale Energieversorger. Die
399 Energieversorgung hat neben den ökologischen Aspekten auch eine soziale Komponente: Wir
400 setzen uns für eine Sozialstaffelung der Energiekosten ein und lehnen Stromsperren für
401 zahlungsunfähige Haushalte ab, denn Strom muss bezahlbar sein.

402 Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen Hand in Hand gehen.
403 Kommunen müssen jeden Ansatz ressourcenschonenden Verhaltens, Energiesparen und
404 Abfallvermeidung, z.B. durch kommunale Programme für klimafreundliche Elektrogeräte für
405 mittellose Haushalte oder Repair-Cafés unterstützen. Auch die Abfallversorgung und -
406 entsorgung gehört in kommunale Hand, denn Abfallvermeidung und richtige Entsorgung sind
407 praktischer Klimaschutz. Ein grundsätzlicher Energieverzicht ist unumgänglich, da das
408 heutige Niveau des Energieverbrauchs nicht durch erneuerbarer Energiequellen ersetzt
409 werden kann und soll. Hier sollen die Städte und Gemeinden in ihrem eigenen
410 Verantwortungsbereich mit gutem Beispiel bei der Energieeinsparung vorangehen.

411 DIE LINKE unterstützt alle gemeinwirtschaftlichen regionalen und kommunalen Projekte zur
412 ortsnahen regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen
413 Bestimmungen.

414 **8. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

415 Die agrarpolitische Strategie der Weltmarktorientierung muss zugunsten einer regional
416 orientierten Landwirtschaft geändert werden. Regionale Erzeugung und Vermarktung
417 schaffen eine regionale Wertschöpfung und sichern damit Arbeit und Einkommen.
418 Kleinbäuerliche und genossenschaftliche Strukturen mit regionaler Vermarktung müssen
419 unterstützt werden. Direktvermarktung ist die Lösung, um dem globalen Lebensmittelmarkt
420 die Stirn zu bieten.

421 **9. Wald, Boden und Tiere schützen**

422 Waldbestände in kommunaler Hand, sowie Landeswald, betrachten wir als
423 Kohlenstoffspeicher und fordern eine gemeinschaftliche pflegerische Bewirtschaftung.
424 Ebenso sollen auf kommunalen Pachtäckern ökologische Formen der Bodenbewirtschaftung
425 festgeschrieben werden. In diesem Sinne müssen Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen
426 und auf den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und anderen chemischen Keulen in Garten,
427 Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen verzichten. Dies gibt auch für verpachtete
428 Flächen.

33 12

34

35

[429](#) Ackerböden dürfen nicht zu Gunsten von Logistikzentren oder anderen Bauvorhaben
[430](#) versiegelt werden. Bei Flächenversiegelung muss grundsätzlich abgewogen werden zwischen
[431](#) Bebauung und Qualität des Bodens. Guter Boden muss für den Anbau von Lebensmitteln
[432](#) erhalten bleiben und hochwertige Ackerböden gesetzlich vor Versiegelung geschützt werden.

[433](#) Vor Ort setzen wir uns für eine kostendeckende Finanzierung von Tierheimen ein. Die
[434](#) Veterinärämter müssen zur Überprüfung der Einhaltung des Tierschutzes mit ausreichend
[435](#) Ressourcen ausgestattet werden.

[436](#) **10. Schule, KITA und Bildung: Gebührenfrei und kostenlos**

[437](#) Bildung ist ein Menschenrecht – und muss von Beginn an gebührenfrei und kostenlos jedem
[438](#) Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Daher fordern wir den flächendeckenden
[439](#) Ausbau von ganztägig arbeitenden Kindertagesstätten, sowohl in den Städten als auch in den
[440](#) ländlichen Regionen. Diese müssen sowohl sachlich, räumlich als auch personell gut
[441](#) ausgestattet sein, und schon von der Krippe an von Elternbeiträgen befreit. Denn nur ein
[442](#) gleicher Zugang zu guter Bildung durchbricht die Abhängigkeit von Herkunft und
[443](#) Bildungsbiografie. Gute frühkindliche Bildung ist nur mit einem guten Betreuungsschlüssel
[444](#) möglich, der Leitungsfreistellung, die mittelbare pädagogische Arbeit und die Anleitung von
[445](#) Auszubildenden stärker berücksichtigt. Um dies zu gewährleisten muss das Land die Kosten
[446](#) der pädagogischen Arbeit übernehmen. Der Beruf der Erzieher*in geht mit einer
[447](#) mehrjährigen Ausbildung und einer hohen Verantwortung einher, er verdient wesentlich mehr
[448](#) gesellschaftliche Anerkennung. Um mehr Erzieher*innen zu halten und zu gewinnen, sind
[449](#) bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen unabdinglich.

[450](#) Ähnliches gilt auch für Schulen. In den ständig wachsenden Ballungsgebieten müssen die
[451](#) Schulentwicklungspläne den tatsächlichen Anforderungen angepasst werden, es darf nicht
[452](#) sein, dass ganze Grundschulgenerationen in Containern unterrichtet werden, weil
[453](#) Schulgebäude fehlen. In den ländlichen Regionen kämpfen wir jedoch für den Erhalt eines
[454](#) jeden Schulstandortes. Dazu werden mittelfristig neue pädagogische Wege zu gehen sein,
[455](#) jahrgangsübergreifendes Unterrichten und Lernen, Kleingruppenarbeit, die Ausweitung des
[456](#) gemeinsamen Unterrichts und Lernens über die vierte Klasse hinweg, Kooperationsmodelle
[457](#) mit anderen Schulen und in den höheren Klassen auch der verstärkte Einsatz von E-learning.
[458](#) Durch die Corona Pandemie werden die Familien benachteiligt, bei denen zum einen die
[459](#) beengte Wohnsituation ein konzentriertes homeschooling nicht zulässt und zum anderen
[460](#) diejenigen, die nicht über die entsprechenden Endgeräte verfügen. Hier müssen Angebote
[461](#) geschaffen werden, wie die Bereitstellung eines Internetzuganges, der Endgeräte und eine
[462](#) personelle Unterstützung des Lernerfolgs sowohl via Internet aber auch als aufsuchende Hilfe
[463](#) um die Schülerinnen und Schülern vor Ort zu begleiten. Doch genau das entspricht auch
[464](#) unserer Vorstellung einer guten und nicht sozial ausgrenzenden Schule. Wir wollen mit einer
[465](#) Gemeinschaftsschule für Alle von der ersten bis zur zehnten Klasse die selektierende
[466](#) Mehrgliedrigkeit überwinden und Bildungswege für alle gleich öffnen, unabhängig von der
[467](#) finanziellen und sozialen Herkunft.

[468](#) Und egal ob Kita oder Schule, ein gemeinsames gesundes und ausgewogenes Mittagessen
[469](#) gehört in den Tag integriert. Dies muss ebenfalls gebührenfrei angeboten, und entsprechende
[470](#) Räumlichkeit genutzt oder geschaffen werden.

471 Bildungsstätten wie Schulen und Ausbildungsplätze müssen zudem kostenlos für jede/n
472 Schüler*in und jede/n Auszubildende*n mit dem ÖPNV erreicht werden können.

473 Lernen ist ein lebenslanger Prozess, daher wollen wir auch die hessischen Volkshochschulen
474 stärken. Sie müssen nicht nur finanziell besser ausgestattet werden, wir unterstützen auch die
475 Bemühungen, Standorte vor allen in den ländlichen Regionen zu erhalten.

476 **11. Digitale Teilhabe sicherstellen**

477 Die Digitalisierung unserer Gesellschaft durchlebte aktuell dank Corona einen Riesenschub.
478 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren
479 können und gleichzeitig der Schutz der Persönlichkeits- und Freiheitsrechte gewahrt bleiben.
480 In der Abwägung zwischen technischer Innovation und Schutz der Persönlichkeitsrechte wird
481 DIE LINKE im Zweifelsfall den Schutz der Persönlichkeitsrechte vorziehen.

482 Digitale Erreichbarkeit und digitale Angebote müssen flächendeckend verfügbar sein. Nur so
483 lassen sich gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Hessen gewährleisten. Für DIE LINKE
484 ist es entscheidend, auf diesem Weg allen Menschen eine digitale Teilhabe zu ermöglichen.
485 Dazu brauchen wir digitale Bildung für alle, hierzu gehören Einsteigerangebote für Netz-
486 Senior*innen ebenso wie Angebote zu Hatespeech, Cybermobbing oder dem Daten- und
487 Persönlichkeitsschutz. Alle digitalen Portale müssen so gestaltet sein, dass das Prinzip der
488 Barrierearmut bereits in der Konzeptphase berücksichtigt wird. Menschen mit Behinderungen
489 müssen gleichberechtigt und diskriminierungsfrei an der digitalen Kommunikation teilhaben
490 können.

491 DIE LINKE unterstützt die Bereitstellung von kostenlosem WLAN in allen öffentlichen
492 Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen, sowie Initiativen, die neben den öffentlichen
493 WLAN-Anbietern, auch privat WLAN-Zugänge bereitstellen.

494 Das Onlinezugangsgesetz (OZG) stellt die Kommunen vor neuen Herausforderungen. Alle
495 Angebote, von Abfallversorgung bis Zulassung von KFZ, müssen auch digital angeboten
496 werden. Ziel ist es, den Bürger*innen die Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern,
497 indem Behördengänge z.B. mit elektronischen Angeboten vereinfacht werden. Dies darf aber
498 nicht dazu führen, das Personal abgebaut, Öffnungszeiten gekürzt oder Bürgerbüros im
499 ländlichen Raum geschlossen werden. Hierbei können auch neue Arbeitsformen wie
500 Homeoffice und Telearbeit zum Einsatz kommen, wenn sie innerhalb der Dienststelle geregelt
501 sind und nicht zu einer ständigen Erreichbarkeit führen.

502 DIE LINKE setzt sich für eine Änderung des Hessischen Informationsfreiheitsgesetzes ein
503 und steht somit für Informationsfreiheit und Transparenz für alle Bürger*innen. Daten und
504 Informationen die mit öffentlichen Mitteln erhoben und verarbeitet wurden, müssen auch der
505 Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Hierzu wird DIE LINKE auf kommunaler Ebene eigene
506 Satzungen zur Sicherstellung des Informationsanspruchs gegenüber den Verwaltungen
507 erarbeiten, die diesen Anspruch sicherstellt und gleichzeitig eine kommerzielle Nutzung
508 dieser Daten ausschließt.

509 DIE LINKE fordert, dass bei der Beschaffung von Software immer auch geprüft wird, ob sog.
510 Open-Source-Software, also Software entwickelt von freien Entwickler*innen, vorhanden ist
511 und ob der Einsatz möglich ist.

512 **12. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen**

39 14

40

41

[513](#) Viele sind von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Um Diskriminierung und
[514](#) Ausgrenzung entgegen zu wirken darf dieser Zustand nicht hingenommen werden.

[515](#) DIE LINKE kämpft für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden
[516](#) Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, in die kommunalen Entscheidungsprozesse. Deshalb
[517](#) fordert DIE LINKE ein kommunales Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen ab
[518](#) dem 16. Lebensjahr. Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen
[519](#) nicht schafft, müssen die Ausländerbeiräte aufgewertet werden und dürfen nicht durch
[520](#) Integrationskommissionen ersetzt werden. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen,
[521](#) die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen
[522](#) treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen. Deshalb unterstützt DIE LINKE ein Rede-
[523](#) und Antragsrecht in den politischen Gremien für Ausländerbeiräte sowie für Kinder- und
[524](#) Jugendforen oder Kinder- und Jugendparlamente. Personal und Mittel sind zum Gelingen
[525](#) dieser Beteiligung erforderlich. Kommunale Integrationskonzepte können nur gelingen, wenn
[526](#) Migrant*innen und ihre Selbstorganisationen gleichberechtigt daran mitarbeiten können.
[527](#) Deshalb müssen migrationsbedingte Mehrsprachigkeit, Strukturen und Netzwerke gestärkt
[528](#) werden. Um die gesellschaftliche Vielfalt auch in hessischen Rathäusern abzubilden, setzt
[529](#) sich DIE LINKE für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein.

[530](#) Für DIE LINKE ist „Refugees welcome!“ Leitfaden hessischer Willkommenskultur. DIE
[531](#) LINKE setzt sich für legale und sichere Einreisemöglichkeiten von Flüchtlingen ein und
[532](#) unterstützt die Forderungen von Solidarity City und Seebrücke sowie Städte und Gemeinden,
[533](#) die über ihrem Kontingent mehr Flüchtlinge aufzunehmen wollen und dem Bündnis „Sichere
[534](#) Häfen“ beigetreten sind. Darüber hinaus müssen ehrenamtliche Flüchtlingshelfer und
[535](#) Selbsthilfeorganisationen in den Kommunen finanziell und organisatorisch unterstützt
[536](#) werden. Wir wenden uns gegen horrende Mietzahlungen in kommunalen
[537](#) Flüchtlingsunterkünften, zudem fordern wir Mindeststandards bei der Unterbringung. Durch
[538](#) die Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass in überfüllten Flüchtlingsunterkünften
[539](#) Hygienestandards nicht eingehalten werden konnten. Ziel muss sein, dass alle Flüchtlinge
[540](#) menschengerecht untergebracht werden sowie Zugang zu Sprach- und Integrationskurse und
[541](#) Gesundheitsleistungen erhalten.

[542](#) DIE LINKE fordert gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen durch das
[543](#) Menschenrecht auf Inklusion. Es bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt
[544](#) oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden darf. Barrierefreiheit ist mehr als Rampen
[545](#) an Eingängen, abgesenkte Bordsteine und Ausbau der Bushaltestellen. Die neue
[546](#) Aufgabenverteilung durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellen kreisfreie Städte und
[547](#) Landkreise sowie den Landeswohlfahrtsverband vor neue Herausforderungen. Die
[548](#) Umsetzung darf jedoch nicht dazu führen, dass Leistungen gekürzt oder den Betroffenen
[549](#) verweigert werden. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen kommunale Aktionspläne und
[550](#) Handlungskonzepte umsetzen, um der Inklusion bzw. der „UN-Konvention für die Rechte
[551](#) von Menschen mit Behinderung“ gerecht zu werden.

[552](#) **13. Kampf gegen Faschismus und Rassismus auch in den** [553](#) **Kommunen**

[554](#) Antisemitismus, Antiziganismus und alle anderen Formen von Rassismus und
[555](#) Ausländerfeindlichkeit richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Wir
[556](#) wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten und Menschen auf

[42](#) 15

[43](#)

[44](#)

557 der Flucht vor Krieg und Elend zu Sündenböcken für eine verfehlte Politik machen wollen.
558 Einer Diskriminierung dieser Menschen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im
559 Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen.

560 Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im
561 Rahmen der allgemeinen Gesetze und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen
562 rassistischer und faschistischer Organisationen gegen Gotteshäuser.

563 Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen
564 Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Hetze. Wir setzen auf antifaschistische
565 Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes
566 Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden. Wir setzen
567 uns, angesichts zunehmender Versuche von Geschichtsglitterung, Leugnung des Holocaust
568 und der Verbrechen der Nazis, für eine antifaschistische und aufklärerische Erinnerungsarbeit
569 vor Ort ein.

570 Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale
571 Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und
572 Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der
573 Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen
574 Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive
575 Friedenspolitik.

576 **14. Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle**

577 DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der
578 öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher
579 Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Erziehung, Bildung,
580 Gesundheitsversorgung, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Altenpflege, öffentlicher
581 Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche
582 Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche
583 privater Kapitaleigner erfüllen. Wir sagen Nein zur weiteren Liberalisierung des Freihandels
584 zulasten der öffentlichen Daseinsvorsorge in unseren Kommunen. Privatisierungen haben
585 gezeigt, dass sich die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich
586 Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Beschäftigten verschlechtern. Deshalb setzen wir
587 uns für eine Rekommunalisierung vormals privatisierter Bereiche ein. Wir setzen uns dafür
588 ein, die ambulante örtliche Pflege, gemeinsam mit den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden
589 auszubauen. Die Gesundheitsämter müssen personell aufgestockt werden um insbesondere in
590 Krisenzeiten den Bevölkerungsschutz sicherzustellen. Das weiter bestehende Interesse von
591 Beteiligungen privater Investoren an öffentlichen Projekten (ÖPP) lehnen wir ab. Diese
592 Projekte sollen Investoren profitable Anlagemöglichkeiten eröffnen und sind für die
593 Kommunen im Endeffekt teurer als kommunale Lösungen, wie viele Beispiele in den
594 vergangenen Jahren bereits belegen. Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor
595 allem Krankenhäuser, Wohnungsgesellschaften und Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem
596 Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift,
597 stellen sich gleiche negative Folgen ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen,
598 Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern sich. Um
599 dieser Entwicklung zu begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle und Rücknahme der
600 Kommerzialisierung notwendig. Deshalb fordert DIE LINKE eine Rückführung privatisierter

45 16

46

47

601 Einrichtungen in kommunale Eigenbetriebe. Kommunale Betriebe müssen gegenüber den
602 gewählten kommunalen Gremien umfassend rechenschaftspflichtig werden. Mitglieder in
603 Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen müssen von den kommunalen Gremien
604 kontrolliert werden können. Transparenz, demokratische Kontrolle und Beteiligung der
605 Bürger*innen an Entscheidungen öffentlicher Unternehmen müssen sichergestellt werden.

606 **15. Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement mit**
607 **Bürgerbeteiligung verbinden**

608 Auch nach der Novellierung der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung sind die
609 Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort völlig unzureichend. Im
610 Gegensatz zu anderen Bundesländern kennt die Hessische Kommunalverfassung weiterhin
611 kein Petitions- oder Antragsrecht für ihre Bürger*innen. DIE LINKE tritt für eine deutliche
612 Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ein. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch
613 Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten und die Hürden
614 dafür herabgesetzt werden. Wir treten dafür ein, dass Bürgerbegehren nicht mit juristischen
615 Tricks ausgebremst werden. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen
616 Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Auch die kommunalen
617 Mandatsträger*innen sollen mehr Kontrollrechte gegenüber den Magistraten und
618 Kreisausschüssen sowie den kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch die
619 weitest gehende Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater
620 Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch
621 aushebeln.

622 DIE LINKE setzt sich für echte Bürgerhaushalte ein! Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen,
623 die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Spardiktaten mitverantwortlich zu machen. Es
624 ist daher unabdingbar, dass den Menschen in allen Phasen eine breite und aktive Teilnahme
625 an den Entscheidungsprozessen möglich ist, umfassende und problemorientierte
626 Informationen zur Verfügung stehen sowie die Kommunalvertretungen dazu verpflichtet sind,
627 dem Votum der Menschen zu folgen. So sollen die Einwohner*innen auch per Entscheid, z.B.
628 über die Abschaffung der Straßenbeiträge, selbst entscheiden können.

629 Einschränkungen von Mitbestimmungsrechten der Kommunalparlamente in Krisenzeiten sind
630 inakzeptabel. Eine Aussetzung von Stadtverordnetenversammlungen, Ortbeiratssitzungen,
631 oder Ausschusssitzungen), ein Ausschluss der Öffentlichkeit sowie die Einschränkung
632 kommunalpolitischer Beratungen, lehnen wir ab! DIE LINKE setzt sich für mehr Sicherheit
633 innerhalb der Städte und Gemeinden ein. So ist in regelmäßiger Zusammenarbeit zwischen
634 den Ordnungsbehörden, den Vereinen und Verbänden und der Polizei das bestehende
635 Sicherheitskonzept weiter zu entwickeln. Wir lehnen aber den Einsatz von ehrenamtlichen
636 Polizeihelfern sowie den verstärkten Einsatz von Videoüberwachungsanlagen ab. Wir wollen
637 eine Sicherheitspolitik die auf Prävention und Aufklärung aufbaut und nicht auf Repression.

638 Das zunehmende – und unterstützenswerte - ehrenamtliche Engagement in den Kommunen
639 darf nicht dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der
640 Ehrenamtlichen abzuwälzen. Ehrenamtlichkeit darf keine Arbeitsplätze ersetzen, sie benötigt
641 hauptamtliche Strukturen um gut arbeiten zu können. Das bürgerschaftliche Engagement
642 verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede
643 Mitbestimmung bei den kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

644 **16. Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung durchsetzen**

645 Noch immer sind Frauen in vielen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik
646 unterrepräsentiert und werden ihre Leistungen sowohl materiell als auch immateriell geringer
647 geschätzt. Altersarmut ist weiblich. Deswegen müssen wir das Angebot von
648 Mehrgenerationenwohnen und Alten-WGs auch für Menschen mit wenig Geld bezahlbar
649 machen.

650 In kommunalen Gremien und Vorständen sind Frauen unterrepräsentiert. Das ist für uns nicht
651 hinnehmbar! Wir setzen uns für eine gendergerechte Haushaltspraxis ein. In allen Kommunen
652 müssen Frauenbeauftragte installiert werden, die mit den notwendigen finanziellen
653 Ressourcen ausgestattet sind. Insbesondere in den Gebieten auf dem Land muss diese Struktur
654 weiter ausgebaut und gezielte Frauenförderung betrieben werden.

655 DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung der Frau ein. Die Sorgearbeit wird
656 im Schnitt doppelt so häufig von Frauen wie von Männern getragen, was eine deutliche
657 Mehrfachbelastung mit sich bringt, diese wollen wir aufbrechen. Kinderbetreuung und die
658 Pflege von Angehörigen wollen wir kommunalisieren, dazu brauchen wir kostenfreie
659 Kitaplätze mit guter Betreuung und flexible Öffnungszeiten. Die Corona Pandemie hat
660 deutlich gemacht, dass die Belastung durch Homeschooling, Kinderbetreuung und
661 Homeoffice besonders Frauen trifft und sie in ein traditionelles Rollenbild zurückdrängt. Hier
662 fordern wir ein verlässliches Konzept für die Kinderbetreuung.

663 Politische Ämter und Mandate sollen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden, das gilt
664 insbesondere für die obersten Verwaltungsebenen.

665 Die Frauenhäuser müssen angemessen finanziert werden. Wir brauchen wesentlich mehr
666 Zimmer, die für Familien geeignet und barrierefrei sein müssen. Es darf nicht sein, dass
667 Frauen in Not wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlender Plätze abgewiesen werden. Da
668 für DIE LINKE die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen selbstverständlich ist, müssen
669 die Beratungsstellen wie z. B. Pro Familia gut finanziert werden.

670 **17. Gleichstellung aller Lebensweisen und Identitäten**

671 Wir stellen uns solidarisch mit LGBTIQ*-Menschen und ihrem Wunsch nach einem
672 selbstbestimmten und diskriminierungsfreien Leben. Gleichstellung aller Geschlechter
673 beginnt am Formular oder dem Webaufttritt, daher fordern wir von den
674 Kommunalverwaltungen, bei der Neuerstellung von Angeboten zu berücksichtigen, dass sich
675 nicht alle Menschen männlich oder weiblich identifizieren. Wir fordern die Einrichtung
676 lokaler Beratungsstellen durch die Kommune. Diese sollen Anlaufstellen für queere
677 Menschen, sowie ihr soziales Umfeld sein. Sie sollen der Schweigepflicht unterliegen und
678 sowohl Informationsmaterial zur Verfügung stellen als auch fachlich kompetente Beratung
679 anbieten, in welcher Diskriminierungserfahrungen aufgearbeitet werden können und
680 Unterstützung für die Alltagsbewältigung gegeben werden kann.
681 Wir fordern verpflichtende, fachgerechte Schulungen für Mitarbeiter*innen sämtlicher
682 Einrichtungen und Behörden der Kommune, um einen sensibilisierten und respektvollen
683 Umgang gewährleisten zu können. Dieser sollte ebenfalls in Bezug auf queere Schüler*innen
684 thematisiert und umgesetzt werden.
685 In allen öffentlichen Einrichtungen der Kommune, und somit auch allen Schulen, sollen

[686](#) (zusätzlich) geschlechtsneutrale Toiletten zur Verfügung gestellt werden.
[687](#) Die in der Gesellschaft vorherrschende, auf Klischees reduzierte und oft diskriminierende
[688](#) Wahrnehmung von queeren Menschen möchten wir überwinden. Hierfür ist Bildung ein
[689](#) essenzieller Punkt, ohne welchen keine gesellschaftliche Veränderung herbeigeführt werden
[690](#) kann. Wir streben sowohl eine politische Thematisierung der Diskriminierung als auch eine
[691](#) erhöhte mediale und gesellschaftliche Repräsentanz von queeren Menschen an.

[692](#) **18. Kultur für alle**

[693](#) Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller
[694](#) Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische
[695](#) Gesellschaft. Deshalb muss Kultur für alle Menschen erschwinglich und zugänglich sein. Wir
[696](#) treten nicht nur für die Förderung von "etablierter" Kultur, sondern ebenso für die
[697](#) Unterstützung von Subkultur ein. Kultur, Kunst und Kreativität dürfen nicht einer
[698](#) Verwertungslogik zum Opfer fallen. Daher sehen wir "creative economies" und "creative
[699](#) industries" kritisch.

[700](#) Kulturelle Bildung muss besonders für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Der
[701](#) Eintritt in alle öffentlichen Museen muss für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende
[702](#) kostenlos sein. Kinder- und Jugendtheater sind so zu fördern, dass jedes Schulkind in Hessen
[703](#) einmal im Jahr eine Vorstellung besuchen kann. Förderung von Kultur- und
[704](#) Kommunikationsinitiativen in den großen Wohngebieten unter besonderer Berücksichtigung
[705](#) der Interessen von Frauen, Kindern und Jugendlichen Musikschulen, Museen sowie weitere
[706](#) Kultureinrichtungen und –angebote sind so zu fördern, dass sie gebührenfrei oder für alle
[707](#) bezahlbar bleiben. Ebenso müssen Bibliotheken und Artotheken erhalten und ausgebaut
[708](#) werden, die Nutzung muss ohne Gebühren möglich sein.

[709](#) Keine Selbst-Prekarisierung von Kulturproduzent*innen. Kunst und Kultur ist ein Produkt
[710](#) wie jedes andere und erfordert Arbeit. Deswegen muss dieses Produkt auch nach Tarif bezahlt
[711](#) werden. DIE LINKE fordert daher, dass Mindeststandards und Mindesthonorare für
[712](#) freiberuflich und künstlerisch Tätige festgelegt werden.

[713](#) Die Lebensqualität steigt mit den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Dies erfordert eine
[714](#) entschlossene städtische Fürsorge und Pflege der gesamten Kulturlandschaft. Eigenständige
[715](#) und freie Kulturinitiativen, sowie soziokulturelle Zentren müssen noch besser gefördert
[716](#) werden, erhalten bleiben und in ihrer Selbstverwaltung gestärkt werden.

[717](#) **19. Erhalt und Ausbau von Sportstätten und Förderung des** [718](#) **Breitensports**

[719](#) Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen.
[720](#) Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Hier geht es auch um die Vermittlung
[721](#) von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness.

[722](#) Wir fördern und unterstützen vor allem den Breitensport mit seiner positiven sozialen und
[723](#) gesundheitlichen Wirkung. Die Sportvereine müssen deshalb bei der Zusammenarbeit mit den
[724](#) Schulen vor Ort stärker unterstützt werden.

[725](#) Viele Sporthallen, Schwimmbäder und Sportplätze sind sanierungsbedürftig, weil den
[726](#) Kommunen das notwendige Geld fehlt. Es ist Aufgabe des Landes Hessen, die Kommunen
[727](#) und die Sportvereine in ihrem Bestand zu sichern und ausreichend finanziell zu unterstützen,
[728](#) damit die notwendigen Investitionen vorgenommen werden können. Die Sportstätten und
[729](#) Schwimmbäder sollen zeitgemäß, barrierefrei und ökologisch sinnvoll saniert werden.
[730](#) Deshalb muss Sport eine kommunale Pflichtaufgabe werden.

[731](#) **20. Kommunen für den Frieden**

[732](#) DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung. Wir stehen gegen Aufrüstung und
[733](#) Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Milliarden für Rüstung und Krieg fehlen für die
[734](#) Sanierung unserer Schulen. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der
[735](#) Kommune. Die Werbung für die Bundeswehr und Auslandseinsätze hat in Schulen,
[736](#) Universitäten, Arbeitsagenturen, Jobcentern und bei Hessentagen nichts zu suchen. Eine
[737](#) Beteiligung an der Kampagne „Gelbe Schleifen“ für die Bundeswehr lehnen wir ab.
[738](#) Rüstungsfirmen wollen wir mithilfe von Konversionsprogrammen in zivile Produktion
[739](#) umwandeln.

[740](#) Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale
[741](#) Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und
[742](#) Kultureinrichtungen zu stärken. Initiativen wie die „Mayors for Peace“ und der ICAN-
[743](#) Städteappell für ein Verbot von Atomwaffen finden unsere Unterstützung. Antimilitaristische
[744](#) Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit wollen wir fördern.

[745](#) Grundsätzlich setzen wir uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf
[746](#) europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte
[747](#) Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik.

[748](#) **Mitmachen**

[749](#) Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder
[750](#) Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir
[751](#) rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige
[752](#) Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles
[753](#) geschehen lassen wollen, aktiv für eine bessere Zukunft einzutreten und mit uns vor Ort
[754](#) gemeinsam und konsequent für soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit,
[755](#) Demokratie und Frieden in lebenswerten Städten und Gemeinden zu streiten.